

Mareike Mischke

## Politische Arbeit von Flüchtlingen in Berlin und Deutschland

In diesem Text soll kurz und beispielhaft dokumentiert werden, auf welche Art und Weise Flüchtlinge politisch tätig werden, um gegen die allgegenwärtigen Diskriminierungen in Deutschland, gegen den Rassismus im Alltag und auf Behörden vorzugehen. Einerseits tun sie dies mit dem dringlichen Ziel, z.B. gegen eine drohende Ausweisung zu kämpfen, sich zu organisieren und dadurch größere Öffentlichkeit zu bekommen; andererseits aber auch, um allgemein gegen Rassismus und die Lebensbedingungen von AsylbewerberInnen in Deutschland zu protestieren.

Sich als Flüchtling politisch zu engagieren ist mit zahlreichen Problemen verbunden, verursacht durch die rechtlichen Einschränkungen, wie z.B. die Residenzpflicht, aber vor allem durch die ständig drohende Ausweisung und eventuell erneute Verfolgung im Herkunftsstaat.

Ich möchte hier einige Zusammenschlüsse und Gruppen kurz vorstellen, erhebe aber dabei keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Vorab sollte auch deutlich gemacht werden, dass ich mich größtenteils auf den Teil politischer Tätigkeit konzentriert habe, der sich gegen die deutsche Asylpolitik und gegen den Rassismus in Deutschland richtet. Politische Arbeit gegen die Regime der Herkunftsstaaten bleibt dabei so gut wie außen vor. Ich denke, diese Schwerpunktsetzung ist insofern notwendig, als dass sich diese Publikation vor allem mit dem rechtlichen, wirtschaftlichen und politischen Status von AsylbewerberInnen und Flüchtlingen und ihren Lebenserfahrungen mit diesem Status beschäftigt. Die transnationale Tätigkeit von Flüchtlingen, ihre Kontakte und ihr Verhältnis zu den Herkunftsstaaten sind oft eng damit verknüpft und ein wichtiger Teil der politischen Arbeit, würden aber aus dem Rahmen fallen, den wir uns selbst gesetzt haben.

Aus aktuellem Anlass möchte ich zuerst die Proteste von Roma aus Ex-Jugoslawien gegen die laufenden Abschiebungen nach Serbien nennen. Danach werde ich auf die „Karawane“ als ein breiteres Bündnis aus Flüchtlings- und Antirassismusgruppen eingehen. Am Schluss werden noch zwei weitere Organisationen, The Voice e.V. Jena und die Flüchtlingsinitiative Brandenburg, kurz vorgestellt.

### **Kampf der jugoslawischen Roma für ein Bleiberecht**

Schon seit Ende der 80er Jahre flüchteten Roma aus Ex-Jugoslawien und anderen osteuropäischen Ländern vor den wachsenden Diskriminierungen, Bürgerkriegen und unwürdigen Lebensumständen nach Deutschland. Die Situation von Roma im Kosovo, in Mazedonien und in Serbien ist auch heute noch katastrophal, wenn auch mit einigen regionalen Unterschieden. Sie sind praktisch vom Arbeits- und Wohnungsmarkt ausgeschlossen, haben keinen Zugang zum Gesundheits- und Bildungssystem. Außerdem sind sie Diskriminierungen und Übergriffen von Seiten der Bevölkerung ausgesetzt.

Die geflüchteten Roma bekamen aber in Deutschland nur in wenigen Fällen einen langfristigeren Aufenthaltsstatus – ca. 70-80.000 Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien leben seit Jahren nur mit einer Duldung (siehe Glossar), das heißt, sie haben völlig ungesicherte Lebensverhältnisse und müssen ständig mit der Angst leben, dass ihre Duldungen nicht verlängert und sie abgeschoben werden. Außerdem haben sie praktisch keine Arbeitserlaubnis, müssen oft all die Jahre über in Flüchtlingsheimen wohnen und sind der Residenzpflicht unterworfen. Die meisten sind schon seit mehr als acht Jahren hier, viele sogar mehr als zehn Jahre (vgl. Stellungnahme des Flüchtlingsrats Berlin vom 16. September 2002, [www.fluechtlingsrat-berlin.de](http://www.fluechtlingsrat-berlin.de)).

Nach Jugoslawien abschieben aber konnte die deutsche Regierung sie lange nicht – wegen der Bürgerkriege und auch, da der jugoslawische Staat sich weigerte, Roma ohne Personalpapiere als seine Staatsbürger anzuerkennen. Doch im September 2002 gelang es Innenminister Schily, ein gegenüber dem früheren „erheblich verschärftes neues Abschiebeabkommen“ (Stellungnahme Flüchtlingsrat Berlin) mit Jugoslawien durchzusetzen.

Zum 31. März 2002 lief der Abschiebestopp für Flüchtlinge aus dem Kosovo aus. Auf der Innenministerkonferenz am 5./6. Juni 2002 wurde beschlossen, die Bedingungen für eine Rückführung möglichst schnell herbeizuführen.

Alarmiert durch diese Gefahr begann am 27. April 2002 in Nordrhein-Westfalen eine Gruppe von mehreren hundert Roma einen Protestzug, der Monate dauern sollte. Vertreten wurden sie durch das „Center of Integration, Affirmation and Emanzipation of the Roma in Germany“ (C.I.A.E Roma-Union e.V. Essen) und deren Sprecher Dzoni Sichelschmidt und Matush Berati. Sie schlugen zunächst ein Protestcamp in Essen Schonnebeck auf, protestierten auf der Innenministerkonferenz am 5./6. Juni in Bremerhaven und kamen dann nach Berlin. Hier veranstalteten sie mit der Unterstützung von Berliner Organisationen am 10. Juni eine Demonstration sowie eine Kundgebung vor dem Brandenburger Tor bzw. am nächsten Tag vor der jugoslawischen Botschaft. Obwohl die Berliner Regierung ihnen Flüchtlings-

unterkünfte zur Verfügung gestellt hatte, wurde von der Polizei eine Razzia in diesen Unterkünften durchgeführt und die Roma festgenommen. Vorwand: Verletzung der Residenzpflicht (siehe Glossar). Es bedurfte der mehrmaligen Intervention des Berliner Sozialsenats, bis die Polizei die Festgenommenen freiließ und die Aktion beendete. Die Roma verbrachten danach den Sommer in mehreren Camps in Düsseldorf. Im Oktober wollten sie auf den Parteitag der Grünen in Bremen und der SPD in Berlin (20. Oktober) demonstrieren, wurden aber diesmal schon in Düsseldorf festgehalten – wieder mit der Begründung des Verstoßes gegen die Residenzpflicht.

Nach Wintereinbruch war die Lage der Roma schwierig geworden – es ist unklar, wie es weitergehen wird. Einer der Sprecher der C.I.A.E. Roma-Union Matush Berati musste inzwischen untertauchen, da seine Abschiebung angedroht wurde.

Auch in Berlin beschlossen Roma im November 2002, sich gegen die hier bereits begonnenen Abschiebungen zur Wehr zu setzen. Unter dem Namen „Amen acas kate – Wir bleiben hier“ besetzten sie am 18. November die PDS-Parteizentrale im Karl-Liebknecht-Haus.

In Berlin ist das Verhältnis der Regierung zu den Abschiebungen ambivalent. Auf der einen Seite beschloss das Berliner Abgeordnetenhaus am 26. September, dass Roma wegen ihres besonderen Verfolgungsschicksals ein Aufenthaltsrecht gewährt werden soll, wie es bei osteuropäischen Juden schon praktiziert wird.

Gleichzeitig aber schob die Berliner Ausländerbehörde Roma mit einer derartigen Rücksichtslosigkeit ab, dass dabei Kinder von ihren Familien getrennt, Menschen nachts aus dem Schlaf gerissen und ohne Winterkleidung nach Belgrad abgeschoben wurden.

Am 20. November 2002 fand ein Gespräch zwischen VertreterInnen von „Amen acas kate“ und dem Berliner Innensenator Körting statt, auf dem dieser einen Abschiebestopp zumindest bis zur Innenministerkonferenz Anfang Dezember zusicherte. Trotzdem fanden auch danach noch Abschiebungen durch die Ausländerbehörde statt.

Innensenator Körting war durch das Berliner Abgeordnetenhaus beauftragt, sich auf der Innenministerkonferenz im Dezember 2002 für eine Bleiberechtsregelung für Roma einzusetzen. Ergebnis der Konferenz war, dass zumindest in den Bundesländern Berlin und Nordrhein-Westfalen ein Winterabschiebestopp für Familien und Alleinerziehende mit Kindern unter 16 Jahren aus Serbien/Montenegro erlassen wurde. Doch im Frühling 2003 werden die Abschiebungen für alle weitergehen. Roma und UnterstützerInnengruppen versuchen momentan, eine breite Bewegung aufzubauen. Ziel ist, eine dauerhafte Bleiberechtsregelung für alle Roma durchzusetzen, sowohl

aus humanitären Gründen, als auch aufgrund der Verantwortung für die Verfolgung und Vernichtung der Sinti und Roma im Zweiten Weltkrieg. Teil dieser Bewegung ist eine Internationale E-mail- und Fax-Kampagne. Wer sich beteiligen möchte, findet weitere Informationen und Adressen unter [www.berlinet.de/ari](http://www.berlinet.de/ari), oder per E-mail: [roma-bleiben-hier@gmx.net](mailto:roma-bleiben-hier@gmx.net).

### Die Flüchtlingskarawane

Eine Aktion, die von vielen verschiedenen Flüchtlingsorganisationen und antirassistischen Gruppen durchgeführt wird, ist die **Tour der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen**, die im Jahr 2002 vom 17. August bis 21. September stattfand. Zum zweiten Mal zog sie durch ganz Deutschland und machte u.a. auf die Situation von Flüchtlingen in unserem Land aufmerksam. Die TeilnehmerInnen protestierten gegen die Abschiebep Praxis, gegen die lebensfeindliche Situation für Flüchtlinge in Deutschland und gegen den Rassismus. Sie demonstrierten für ein Asylrecht als Menschenrecht, für die, die in den Verfolungsstaaten zurückbleiben mussten und gegen den Krieg und die Zerstörung dieser Länder. Verantwortlich für diese Zerstörung macht die Karawane die korrupten Eliten dieser Länder, die großen westlichen Konzerne und die großen Industrienationen, die mit diesen Eliten zusammenarbeiten und ihre Interessen auch immer mehr kriegerisch durchsetzen (nach einem Flugblatt der Karawane).

In Berlin fand am 21. September 2002 eine große Abschlussdemonstration der Karawane statt, in den Tagen davor gab es Veranstaltungen und Kundgebungen. Mehr Informationen zur Karawane gibt es unter [www.basicrights.de](http://www.basicrights.de).

#### Interview mit einem Koordinator aus Bremen über Gründung und Ziele der Karawane

**M: Wie ist die Karawane entstanden?**

K: Die Karawane fand zum ersten Mal 1998 statt, ebenfalls kurz vor den Bundestagswahlen. Wir wollten vor allem dagegen protestieren, dass das Thema Asylpolitik immer wieder als Wahlkampfthema missbraucht wird und gegen die Asylgesetzgebung überhaupt.

**M: Was sind die wichtigsten Punkte, gegen die ihr protestiert?**

K: Unter der SPD/Grünen-Regierung hat sich die Lage für Flüchtlinge in Deutschland sogar noch verschlimmert. Einmal durch das Zuwanderungsgesetz und dann durch die Anti-Terror-Pakete.

Zum Beispiel gibt es im Zuwanderungsgesetz eine Änderung, die einen Asylfolgeantrag praktisch aussichtslos macht. Nachfluchtgründe, also z.B. politische Aktionen hier in Deutschland, sind danach generell kein Asylgrund mehr. Das hat ganz klar die Absicht, uns politisch zu lähmen. So ist es für uns kaum mehr möglich, vom Exil aus gegen die Regime unserer Herkunftsländer zu kämpfen.

Beim Anti-Terror-Paket ist für Flüchtlinge besonders dramatisch, dass politische Widerstandsgruppen zum Teil einfach als terroristische Vereinigungen bezeichnet und damit auch hier in Deutschland illegalisiert werden.

**M: War für dich die diesjährige Karawane ein Erfolg?**

K: Ja, auf jeden Fall. Wir sind diesmal durch mehr als 30 Städte gezogen und ungefähr 25 Gruppen, vor allem Flüchtlingsinitiativen und antirassistische Gruppen, haben teilgenommen. Durch Öffentlichkeitsarbeit konnten wir schon im Vorfeld darüber informieren, unter welchen schlechten Lebensbedingungen Flüchtlinge hier in Deutschland leben. Wir haben auch viele Ausreiselager und Abschiebeeinrichtungen besucht, in denen Flüchtlinge gegen ihren Willen festgehalten werden. Viele Leute wussten einfach gar nicht, dass Menschen überhaupt unter solchen Bedingungen in Deutschland leben.

**M: Welche Gruppen waren an der Vorbereitung hier in Berlin beteiligt?**

K: Das weiß ich nicht genau, ich selber war in der Vorbereitungsorganisation in Bremen. Aber die Planung läuft seit etwa einem Jahr. Es gab in jeder Stadt eine Vorbereitungsgruppe, die regelmäßige Treffen hatte. Teilnehmende Gruppen waren bei uns z.B. The Voice e.V. Jena, Der Internationale Menschenrechtsverein Bremen e.V., Das Antirassistische Büro Bremen, kein mensch ist illegal.

### **The Voice e.V. Jena**

Das „The Voice Africa Forum“ ist als selbstorganisiertes und freiwilliges Flüchtlingsforum 1996 von derzeit in Deutschland lebenden Flüchtlingen gegründet worden. Das ursprüngliche Hauptziel war ihrer Website zufolge die „Verbreitung von Informationen über Menschenrechtsverletzungen in afrikanischen Ländern, die sozialpolitische und Umweltsituation in Afrika und anderen Ländern sowie die Arbeit für eine verbesserte Integration und gleiche menschliche Behandlung von Flüchtlingen und AsylbewerberInnen. Heute ist The Voice Forum ein Netzwerk von MenschenrechtsaktivistInnen und unterstützenden Flüchtlingen, die nicht nur aus Afrika kommen, sondern auch aus Lateinamerika, Osteuropa und Asien.“ Das Forum engagiert sich in zahlreichen Bereichen, unter anderem auch in der Karawane.

### Flüchtlingsinitiative Brandenburg

Die Flüchtlingsinitiative ist ein Zusammenschluss von Flüchtlingen, die in Brandenburg leben. Über Nationalitätsgrenzen hinweg arbeiten sie zusammen, um sich gegen das Klima rassistischer Gewalt und täglicher Bedrohung zu wehren. Sie setzen durch selbstorganisierte Aktionen immer wieder Akzente in Brandenburg, wie z.B. durch das Memorandum der Flüchtlinge in Rathenow. Auch beteiligten sie sich an Grenzcamps und anderen Aktionen. Am 22. März 2002 nahmen sie am weltweiten Aktionstag gegen Rassismus teil. Sie wiesen in diesem Rahmen auf Parallelen zwischen der deutschen Asylgesetzgebung und dem südafrikanischen Apartheidsystem hin. Weitere Informationen dazu unter [www.infort.de](http://www.infort.de), dort ist auch das Memorandum dokumentiert.

Flüchtlingsinitiative  
c/o Flüchtlingsrat Brandenburg  
Eisenhardtstr.13  
14469 Potsdam  
0331/716 499  
[fluchttingsbrandenburgini@yahoo.fr](mailto:fluchttingsbrandenburgini@yahoo.fr)  
[FIB\\_99@freenet.de](mailto:FIB_99@freenet.de)

The Voice e.V. Africa Forum  
Human Rights Group  
Schillergäßchen 5  
07745 Jena  
Tel.: 03641/665 214  
Fax.:03641/423 795  
[the\\_voice\\_jena@gmx.de](mailto:the_voice_jena@gmx.de)  
[www.humanrights.de/voice](http://www.humanrights.de/voice)